

Besprechungen

Anton Schöpf: Einführung in die Finanzpolitik. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 212 S.

Auf den ersten Blick ist die für das Lehrbuch gewählte Gliederung nach wirtschaftspolitischen Zielen vielversprechend. Dies gilt insbesondere dann, wenn man der Ansicht ist, der studentische Leser werde durch eine Ziel- bzw. Problemorientierung stärker für ein neues Fach gewonnen als durch einen Text, dessen Unterteilung nach Instrumenten und Institutionen erfolgt. Das sollte jedoch sicherlich nicht so weit gehen, daß der Leser, wie in diesem Fall, das Buch aus der Hand legt, ohne überhaupt die Charakteristika der öffentlichen Finanzwirtschaft kennengelernt zu haben; lediglich im 6. Kapitel (Die strukturpolitische Zielsetzung) finden sich vier Seiten über die optimale Allokation der Ressourcen zwischen privater und öffentlicher Verwendung und im 7. Kapitel (Die preispolitische Zielsetzung) eine Seite über öffentliche, private und quasi-öffentliche Güter.

Der Verfasser beginnt mit den Grundfragen der Finanzpolitik (1. Kapitel) und behandelt unter dieser Überschrift auf knapp drei Seiten das „Wesen“ der Finanzpolitik anhand der aus der allgemeinen Wirtschaftspolitik bekannten Ziel-Mittel-Problematik. Sieht man von diesem ersten und dem ebenfalls kaum als geglückt zu bezeichnenden Schlußkapitel (Finanzpolitik als kybernetisches System) ab, das aus zwei Sätzen und zwei Abbildungen besteht, so werden nacheinander folgende Zielsetzungen untersucht: die Zielsetzung der individuellen Freiheit, die sozialpolitische, beschäftigungspolitische, wachstumspolitische, strukturpolitische, preispolitische und die währungspolitische Zielsetzung. Zum Freiheitsziel bringt der Autor, ohne daß der Zusammenhang mit diesem Ziel deutlich wird, eine Darstellung des mikroökonomischen Marktmodells, die formale Analyse der Elastizität von Funktionen, die kurzfristige Verteilung der Steuerlast einer Verbrauchsteuer bei vollkommenen Wettbewerb, die Theorie des Konsums, der Produktion und des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts. Enttäuschend sind die Ausführungen zu dem in der wirtschaftspolitischen Diskussion in den Vordergrund tretenden sozialpolitischen Ziel. Dieses Kapitel ist nahezu identisch mit der Steuerüberwälzungslehre. Ihre Behandlung an dieser Stelle ist sicherlich zu rechtfertigen, nicht jedoch, daß die Probleme der Zieloperationalisierung (monetäres und nichtmonetäres Einkommen, Lebenslagenkonzept), der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung, die verschiedenen Arten der Einkommensverteilung, vor allem aber die Wirkung der Ausgaben (Leistungsstellung und -abgabe) auf die Einkommensverteilung nicht untersucht werden. In den Kapiteln zur beschäftigungs-, wachstums-, struktur- und preispolitischen Zielsetzung stehen formalisierte Darstellungen der Wirkungsabläufe — deren Notwendigkeit und Relevanz nicht immer deutlich werden — im Vordergrund. Es wäre zu überlegen, ob die Ausführungen zum Beschäftigungsziel nicht mit denen zum Preisziel integriert werden könnten. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn die Erläuterungen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (S. 77 f.), zum Haavelmo-Theorem (S. 93 f.) und zu den

„Grundkonzeptionen der Budgetpolitik“ (S. 118 ff.) stärker auf den studentischen Leser abgestimmt würden. Das Kapitel zum Wachstumsziel erscheint gelungen, wenngleich der wachstumstheoretische Exkurs (S. 125 - 140) bis hin zu den finanzpolitischen Wachstumsstrategien etwas breit geraten ist. Die wenigen Absätze zur sektoralen Wirtschaftspolitik und zum regionalen Multiplikator (S. 156 ff.) sind in dieser stichwortartigen Form für ein Lehrbuch kaum geeignet. Das gleiche gilt für die unverbunden nebeneinanderstehenden Abschnitte zum währungspolitischen Ziel (S. 191 ff.).

Vergleicht man den Inhalt des vorliegenden Lehrbuchs mit dem traditionellen Lehrstoff finanzwissenschaftlicher Lehrbücher, so fällt auf, daß der Haushalt (Kreislauf, PPBS, Grundsätze, Gliederung), die Steuertechnik, die Kosten-Nutzen-Analyse, der Finanzausgleich, die öffentliche Verschuldung, die Träger der Finanzpolitik, die finanzpolitische Willensbildung etc. nicht behandelt werden. Legt man das vom Autor gewählte pädagogische Ziel, „den Studierenden einen theoretisch gehaltvollen, aber trotzdem verständlichen und logisch aufgebauten Abriß der herrschenden Lehrmeinungen zu bieten“ (S. 7), als Bewertungskriterium zugrunde, so ergibt sich bei dieser wenig konkreten Zielumschreibung ein breiter Beurteilungsspielraum, denn weder der „theoretische Gehalt“ noch seine „Verständlichkeit“ machen notwendigerweise ein gutes Lehrbuch aus, und für die Gliederung eines Lehrbuches gibt es sicher nicht nur *einen* „logischen Aufbau“. Um schließlich die Behauptung, einen „Abriß der herrschenden Lehrmeinung“ zu bieten, kontrollieren zu können, sollten die einzelnen Kapitel um Literaturangaben ergänzt werden.

Klaus-Dirk Henke, Marburg

Karl Schwarz: Demographische Grundlagen der Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1972. Gebr. Jänecke.

Der Verfasser dieser ausführlichen Schrift über den Informationsgehalt demographischer Statistik für die Regionalforschung und -politik ist, wie kaum ein anderer, dazu berufen, sachkundig über seinen Gegenstand zu referieren. Denn er gilt seit vielen Jahren als prominenter Sprecher der deutschen Bevölkerungswissenschaft auf internationalen Kongressen, wo er aus umfassender Kenntnis statistisch-methodischer Fragen und aus tiefem Verständnis für die Probleme der Bevölkerungstheorie und -politik äußerst wertvolle Diskussionsbeiträge zu erstatten hat. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, wenn so viel Sachkenntnis einmal für die Aufgabe eingesetzt wird, den Nicht-Statistikern und Nicht-Demographen „praxisorientierte Grundkenntnisse“ über Verfahren, Ergebnis und Problematik bevölkerungstatistischer Arbeit nahe zu bringen.

Zu den „demographischen Grundlagen“ der Raumforschung und Landesplanung zählt *Schwarz* nicht nur das Datenmaterial einer deskriptiven Statistik über Zahl und demographische Struktur der jeweiligen Staatsbevölkerung, sondern auch die statistischen Informationen über die sozio-ökonomische Gliederung der Bevölkerung. Er befaßt sich deshalb u. a. mit den Fragen der Erwerbstätigkeit, der Lebenshaltung und der Berufszugehörigkeit von Personen, Haushalten und Familien, ohne allerdings in allen Fällen den Regionalaspekt dieser Informationen ausführlich zu schildern.

In den wichtigsten Kapiteln hat dagegen die gebietsbezogene Information über Stand, Entwicklung und demographische Struktur der Wohnbevölkerung den Vorrang. Dabei werden jeweils die zu einzelnen Fragen in der internationalen Fachsprache gebräuchlichen Begriffe erläutert; diese werden an-

schließend durch eine Erklärung von einschlägigen Bezeichnungen der amtlichen deutschen Statistik konkretisiert und spezifiziert. Außerdem wird stets anhand der Ergebnisse amtlicher Erhebungen in der BRD demonstriert, in welcher Weise die bevölkerungsstatistischen Meßzahlen als Grundlage bevölkerungswissenschaftlicher Analyse verwendet werden können. Besonders interessant erscheinen dabei - nach der Thematik des Buches - die Ausführungen zum fünften Kapitel (Verteilung der Bevölkerung im Raum, S. 87 - 126) mit einer Darstellung von Dichtezahlen, räumlichen Mittelwerten und Konzentrationsmaßen sowie zum achten Kapitel (Räumliche Bevölkerungsbewegung, S. 224 - 270) mit der Erörterung terminologischer und statistisch-technischer Probleme bei der Erfassung und Messung von Wanderungsströmen.

Darüber hinaus schafft *Schwarz* mit ausführlichen Darlegungen über die demographischen Elemente der Bevölkerungsstruktur und der natürlichen Bevölkerungsbewegung (im sechsten und siebten Kapitel, S. 127 - 223) das begriffliche Fundament für die in den Schlußkapiteln erörterten sozio-ökonomischen Probleme von Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsvorausschätzung.

Der eigentlich demographischen Abhandlung wurden zwei einführende Abschnitte über technische Begriffe der deskriptiven Bevölkerungsstatistik und über den Aussagewert der so gewonnenen Meßzahlen vorangestellt. Dies soll, nach dem Willen des Verfassers, einen „Grundstock statistisch-methodischer Kenntnisse“ legen. Wer sich jahrelang um die Grundausbildung von Studenten der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten bemüht hat, wird bezweifeln, daß es möglich wäre, ein solches Fundament auf 40 Druckseiten zu legen. Insbesondere erscheinen die Ausführungen zur (unterschiedslosen!?) Abschätzung eines Unsicherheitsbereiches für Ergebnisse aus Totalerhebungen und aus Stichproben (S. 38 - 84) vom theoretischen Standpunkt aus als sehr kühn.

Mit dieser Einschränkung erscheint das Buch aber als Gewinn für die Praktiker der Regionalpolitik. Es sollte als Pflichtlektüre für Fachleute der Raumforschung und Landesplanung empfohlen werden (wofür allerdings möglichst noch ein Sachwortverzeichnis aufzustellen und anzufügen wäre). Aber das Werk wird auch zweifellos, der Absicht des Autors gemäß, dazu beitragen, daß nicht unmittelbar mit demographischen Fragen befaßte Leser Interesse an diesen Problemen gewinnen.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen - Nürnberg

Hugo Sieber und *Egon Tuchtfeldt* (Hrsg.): Wettbewerbspolitik in der Schweiz.

Festgabe zum 80. Geburtstag von Fritz Marbach. Bern und Stuttgart 1972. Paul Haupt. 311 S.

Man freut sich, endlich wieder eine der jetzt überreichlichen Festschriften als echtes Symposium um einen streng gewahrten Mittelpunkt aufgebaut zu sehen, und auch die Wahl der Thematik ist dem zu Ehrenden besonders angemessen. Seit seiner Ernennung zum Mitglied der Preisbildungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (1927) hat *Fritz Marbach*, dessen Geburtstag sich am 20. Juli 1972 zum achtzigsten Mal jährte, der schweizerischen Wettbewerbspolitik mit seinen Erfahrungen und Einsichten die Bahn geebnet. Wenn auch die dank den Untersuchungsergebnissen der Kommission lancierte sogenannte Kartellinitiative 1957 vom Nationalrat und 1958 von Volk und Ständen verworfen wurde, so hat sie doch einer breiteren Öffentlichkeit die Gründe und Erfordernisse wettbewerbsordnender Normen zur Zügelung der Marktmacht von Kartellen und ähnlichen Organisationen nahegebracht und

dazu geführt, daß nach Ablehnung des Verbotsprinzips die Meinungsbildung auf eine (1964 in Kraft getretene) Mißbrauchsgesetzgebung festgelegt wurde. Auch zahlreiche weiter ausholende Publikationen *Marbachs* zur Wirtschaftskonzentration, zur Mittelstands-, Lohn- und Agrarpreispolitik und zum Verbraucherschutz — um nur diese zu nennen — zeugen von dem Gewicht, das der Jubilar dem Problemkreis der Wettbewerbspolitik stets beigemessen hat. Auf diese Weise komplettiert der vorliegende Sammelband den Persönlichkeits- und Werkbericht, der mit der Festgabe zu *Marbachs* 70. Geburtstag („Strukturwandlungen der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft“, Bern 1962) erstattet worden war.

Die Herausgeber haben einleitend die vielfältigen Verdienste *Marbachs* auf dem Felde der Wettbewerbspolitik einer umsichtigen Würdigung unterzogen, die ein facettenreiches Bild seiner Leistungen und seines Engagements in dieser gerade für die Schweiz bedeutsamen Materie vermittelt und den monographischen Inhalt des Bandes in drei Abschnitte gliedert. Der erste Teil resümiert den derzeitigen Stand der schweizerischen Wettbewerbspolitik und umfaßt die Beiträge „Dis bisherige Tätigkeit der Schweizerischen Kartellkommission — eine kritische Bestandsaufnahme“ (*Hugo Sieber*), „L'activité de la Commission des cartels dans l'optique du commerce et de l'industrie“ (*Alexandre Jetzer*), „Die Tätigkeit der Kartellkommission aus der Sicht des Gewerbes“ (*Otto Fischer*), „Wettbewerbspolitik und Arbeitnehmer“ (*Waldemar Jucker*), „Wettbewerbspolitik aus der Sicht des Verbrauchers“ (*Vital Gawronski*), „Systemgerechte Aufgabenteilung zwischen Konjunktur- und Wettbewerbspolitik vom Wachstumsziel her betrachtet“ (*Hugo Allemann*) und „Konzentration und Marktmacht — ein Problem der EWG und der Schweiz“ (*Kurt Fröhlicher*). Im zweiten Teil, der spezielle Fragenkomplexe der schweizerischen Wettbewerbspolitik herausgreift, folgen die Abhandlungen „Probleme des kartellprivatlichen Behinderungsverbot im Vertikalkonzern“ (*Walter R. Schluemp*), „Wettbewerbsprobleme multinationaler Unternehmungen“ (*Adrian Gnehm*), „Aktuelle wettbewerbspolitische Fragen im schweizerischen Bankgewerbe“ (*Emilio Albisetti* und *Ernst Rutschi*), „Wettbewerbsprobleme der Verkehrswirtschaft“ (*Hans-Reinhard Meyer*), „Diversifikation und Konzentration im schweizerischen Fremdenverkehr — Marktstrategische und wettbewerbspolitische Aspekte“ (*Jost Krippendorf*), „Die Selbstkontrolle der schweizerischen Werbewirtschaft im Dienste des qualifizierten Wettbewerbsschutzes“ (*Paul Stocker*) sowie „Über mögliche Maßnahmen gegen Pressekonzentration“ (*Matthias F. Steinmann* und *Egon Tuchtfeldt*). Der dritte Abschnitt gibt sechs der wichtigsten wettbewerbspolitischen Veröffentlichungen *Marbachs* wieder, nämlich „Die ‚Preisbildungskommission‘ des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes“ (1952), „Rückblick auf die Tätigkeit der Preisbildungskommission“ (1965), „Zur Frage der antimonopolistischen Intervention“ (1949), „Das Kartellproblem in schweizerischer Sicht“ (1951), „Der ‚Mögliche Wettbewerb‘ als schweizerische Lösung des Kartellproblems“ (1958) und „Kartellpublizistik und ‚Möglicher Wettbewerb‘“ (1961). Im Anhang sind die seit der vorangegangenen Festgabe erschienenen Schriften *Marbachs* verzeichnet.

Antonio Montaner, Mainz

Hansjörg Siegenthaler: Das Gewicht monopolistischer Elemente in der amerikanischen Textilindustrie 1840 - 1880. Modische Produktvariation unter Führung des Kommissionshauses. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 127 S.

Die Arbeit ist in den Jahren 1964 - 1968 in engem Kontakt mit der amerikanischen wissenschaftlichen Wirtschaftsgeschichte entstanden und, wie der Verfasser betont, besonders beeinflusst von der Aufbruchstimmung einer „new economic history“ verbunden mit der „Pflege geschichtswissenschaftlicher Tradition“.

Getragen von dem Wunsch, die Bedeutung eines wirtschaftswissenschaftlichen theoretischen Modells zur Erklärung der historischen Wirklichkeit und damit als Verstehenshilfe herauszustellen, konfrontiert *Siegenthaler* das Modell des monopolistischen Wettbewerbs von *Ed. H. Chamberlin* und *J. Robinson* den Verhältnissen einer als besonders wettbewerbsintensiv geltenden Branche, der Textilindustrie, und darüber hinaus einer Periode der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte, die sich überhaupt durch starken Wettbewerb auszeichnet. Der scheinbare Widerspruch des Modells, der in der Verbindung der gegensätzlichen Marktformen Wettbewerb und Monopol liegt, wird erklärt als gemeinsames Vorhandensein der beiden Merkmale: Abhängigkeit des Preises des betrachteten Produktes von den Preisen der Konkurrenzprodukte einerseits und Überlegenheit des betrachteten Produktes über Konkurrenzprodukte durch Produktdifferenzierung andererseits. Das heißt für die historische Untersuchung, daß der Produktgestaltung, die in dieser Zeit nicht in den Händen der Fabrikanten, sondern in denen der Kommissionshäuser lag, besondere Bedeutung für die Frage nach monopolistischen Formen zukommt. Als wichtigstes Kriterium zur Analyse der Marktbedingungen und gleichzeitig als „Maß für das Gewicht monopolistischer Elemente“ wird der Preis untersucht, den die Fabrikanten an die Kommissionshäuser für die Leitung der Produktgestaltung („den eigentlichen knappen Faktor“) zahlten.

Als Ergebnis stellt der Verfasser ein Vorherrschen der Form des auf Produktdifferenzierung beruhenden monopolistischen Wettbewerbs für die amerikanische Textilindustrie zwischen 1840 und 1880 fest. Zu seinem theoretischen Ansatz zurückkehrend, wird damit — jedenfalls für diesen historischen Fall — seine These untermauert, daß das Modell des monopolistischen Wettbewerbs zur Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit den Modellen des reinen Wettbewerbs oder des reinen Monopols überlegen ist.

Immo Zapp, Aachen

Ota Šik: Der Dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft. Hamburg 1972. Hoffmann & Campe. 450 S.

Mit diesem Werk wird es *Ota Šik* erneut gelingen, sich zwischen die Stühle zu setzen: Er wird es sich einmal mit all denen verderben, die an einem allenfalls geringfügig reformierten Kapitalismus festhalten wollen, und zum anderen mit denen, die einen staatsmonopolistischen Sozialismus sowjetischer Prägung befürworten.

Šik unterteilt sein Werk in vier große Kapitel. Im ersten Kapitel behandelt er den „Sozialismus als gesetzmäßige Notwendigkeit“. Hier legt er seinen historisch-materialistischen Ausgangspunkt dar, behandelt die Bedeutung von ökonomischen und nichtökonomischen Interessen auf die Entwicklung einer Wirtschaftsgesellschaft und untersucht die marxistische Entfremdungstheorie und deren offizielle Ignorierung. Das zweite Kapitel stellt eine Untersuchung der

„Wert-, Mehrwert- und Markttheorie“ dar. Diese Untersuchung wurde notwendig, weil die Werttheorie „die theoretische Grundlage der gesamten marxistischen Ausbeutungs- und Verelendungstheorie bildet und deshalb auch zwangsläufig zum Scheideweg der Theoretiker geworden ist, die die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus entweder bejahen oder verneinen“. Neben einer Darstellung der *Marxschen* Werttheorie (die aus Platzgründen so gedrängt vorgebracht werden mußte, daß sie u. E. für nicht Eingeweihte praktisch unverständlich bleibt) setzt sich *Šik* mit der nicht-marxistischen Preistheorie auseinander, wobei er deutlich die Wichtigkeit des Arbeitswertes herausstellt und den Nachweis erbringt, daß trotz monopolistischer Preisbildung im kapitalistischen Westen das Äquivalenzprinzip beim Warentausch Gültigkeit besitzt. Eine Untersuchung der Rolle des Marktes und seiner Grenzen, in der *Šik* das in der marxistischen Wirtschaftstheorie geleugnete Knappheitsüberwindungsprinzip bei der marktmäßigen Steuerung der Wirtschaftsprozesse herausstellt, schließt dieses Kapitel ab.

Im dritten, ausführlichsten Kapitel behandelt *Šik* die „Widersprüche des Kapitalismus“. Schwerpunkte der Analyse sind die Verelendungstheorie, die Reproduktions- und Krisentheorie sowie die Konzentrationstheorie. Bemerkenswert ist hier, daß sich *Šik* erfolgreich um eine undogmatische Behandlung der untersuchten Probleme bemüht hat: Eine Aussage war für ihn nicht schon deshalb wahr, weil sie von *Marx*, *Engels* oder *Lenin* stammt. In diesem Kapitel findet sich ein umfangreiches makroökonomisches Modell eines gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums, mit dem *Šik* sich bei Verwendung marxistischer Termini bemüht hatte, gleichzeitig die produktions- und verteilungstheoretischen Erfordernisse für gleichgewichtige erweiterte Reproduktion darzustellen. Es wäre eine noch zu erbringende Leistung, einen ökonomischen Test dieses Modells vorzunehmen und zu prüfen, ob das Modell für Prognosezwecke geeignet ist.

Im vierten Kapitel setzt sich *Šik* mit „Politischen Dogmatisierungen“ auseinander, die in den etablierten staatsmonopolistischen sozialistischen Staaten eine wichtige herrschaftssichernde Rolle spielen: die Diktatur des Proletariats, die Rolle der kommunistischen Partei und die Revolutionsorientierung. In einer abschließenden 13seitigen Zusammenfassung gibt *Šik* einen Gesamtüberblick über seine Theorie, wobei allerdings die ausführliche Darstellung der sozialistischen Marktwirtschaft einem weiteren Band vorbehalten bleibt.

Ein wichtiges Ergebnis der *Šikschen* Abhandlung der Widersprüche des Kapitalismus war der Versuch, alle konkreten Schwierigkeiten (Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation, ungleichgewichtiger Außenhandel) auf den Grundwiderspruch kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu reduzieren. Dabei blieb *Šik* nicht auf der einprägsamen, wenn auch inhaltsfreien Formel vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital stehen, sondern interpretierte diesen Grundwiderspruch als die Existenz von zahlreichen und arbeitenden Menschen, die nur ein Interesse an der Lohnentwicklung haben, im Gegensatz zu verhältnismäßig wenigen Menschen, die als Produktionsmitteleigentümer nur ein Interesse an der Kapitalentwicklung kennen. Es sei nun für die wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar, daß Investitionen in einer jeweils erforderlichen Höhe vorgenommen werden. Dagegen richteten sich im Verteilungskampf die Maßnahmen der Lohnabhängigen, die kein unmittelbares Kapitalinteresse haben: „Dieser Widerspruch ruft wachsende Störungen und Verluste in der Gesellschaft und ihre immer einseitiger beeinflusste Entwicklung hervor.“ Denn „das Desinteresse der Lohnempfänger an der Kapitalentwicklung ist eine überlebte Entfremdung arbeitender Menschen von der produktiven Basis ihrer Tätig-

keits- und Lebensentwicklung.“ Die Folge des Desinteresses an der Kapitalentwicklung wären prinzipiell immer zu hohe Lohnforderungen, die zu keiner nachhaltigen Erhöhung des Sozialproduktanteils, sondern nur zu inflationärem Preisauftrieb führen. Diesem Grundwiderspruch zwischen Lohn- und Kapitalentwicklung in den westlichen Industriestaaten, so wie Šik ihn definierte, sollte u. E. noch größeres Forschungsinteresse durch die Gesellschaftswissenschaftler entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen ist *Ota Šik* auch mit diesem Band ein Werk geglückt, das genügend Widerspruch hervorrufen wird und damit in einer freien Gesellschaft wissenschaftliche Weiterentwicklung anregen kann.

Michael Tolksdorf, Berlin

Dieter Swatek: Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 172 S.

Die vorliegende Untersuchung liefert erstens einen Beitrag zur wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchung der NS-Wirtschaftspolitik und stellt zweitens eine mikroökonomische Analyse der Markt- und Unternehmensstruktur in der Zeit von 1933 bis 1939 dar.

Einmal werden jene Konzentrationsvorgänge, die sich indirekt durch fiskalische Maßnahmen, durch Wirtschaftslenkung oder als Folge direkter Diskriminierung vollzogen haben, beleuchtet. Zum anderen werden aber auch die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse untersucht, die ein gezieltes Ergebnis nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik waren. Es wird allgemein die Konzeption der Wirtschaftspolitik (Ausgangssituation, Grundsätze und Zielsetzungen) und insbesondere dann die Kartell- und Verbandspolitik als Werkzeug dieser staatlichen Wirtschaftslenkung in ihrer Bedeutung auf Machtpositionen der Unternehmen und Einflußnahme des Staates analysiert. Gerade die Verdeutlichung dieser Wechselwirkung zwischen Unternehmenskonzentration und wirtschaftspolitischer Aktivität einerseits und Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat andererseits heben diese Untersuchung über die bisher gehandhabte Form der rein politischen oder rein ökonomischen Betrachtungsweise dieses Zeitraumes heraus.

Diese Arbeit verdeutlicht einmal mehr, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik eine fest umrissene Mittel-Funktion inne hatte, die erst bei Berücksichtigung der grundsätzlichen und allgemein politischen Zielsetzungen verständlich wird. Die Berücksichtigung dieser Zielsetzung in einem adäquaten Umfang läßt den Verfasser zu Ergebnissen kommen, die der historischen Wirklichkeit gerechter werden, als die Teile der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur, die diese Zielsetzung bisher vernachlässigt hatten.

Lutz Mehl, Aachen

Anton Tautscher (Hrsg.): Giacomo Giorgi: Italienische Agrarreform. Gesammelte Aufsätze über Probleme und Daten der italienischen Agrarreform. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 100 S.

Das vorliegende Buch, eine Sammlung der in deutscher Sprache erschienenen Vorträge und Artikel des 1969 verstorbenen Ordinarius für Agrarwissenschaft an der Universität Perugia, herausgegeben von seinem Freund und Kollegen *Anton Tautscher*, ist Problemerkatalog und Datenkompendium zur italienischen

Agrarreform in einem. Im Mittelpunkt steht dabei das engagierte Interesse am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elend der verproletarisierten italienischen Landarbeiter, denen nach Meinung des Verfassers nur eine durch die Bodenreform bewirkte Betriebsgrößenerhöhung zusammen mit Institutionen, die die soziale Solidarität stärken, helfen kann.

Im einzelnen behandelt die Untersuchung vielfältige Aspekte der italienischen Agrarpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bis hinein in konkrete Details (Genossenschaften, Spezialisierung der Produktion, Fallstudien einzelner Bauernanwesen usw.) sowie regionale Besonderheiten der Entwicklung (z. B. im Gebiet von Genzano, Maremma, Calabrien). Komplettiert wird das Buch durch eine biographische Würdigung der Persönlichkeit des Autors sowie durch eine Auswahl aus seinen Veröffentlichungen.

Die Tatsache, daß es sich hier um eine Anthologie und nicht um eine Monographie handelt, bedingt zwangsläufig thematische Doppelungen, eine gewisse Redundanz und zugleich Einseitigkeit der vorliegenden Publikation. Dennoch sei das Buch allen am italienischen Südproblem interessierten Lesern als wertvolle deutschsprachige Ergänzung der Untersuchungen *Friedrich Vöchtings* und neuerdings auch *Francesca Schinzingers* empfohlen, um so mehr, als es sich hier um den Augenzeugenbericht eines langjährigen nationalen Beobachters der italienischen Agrarszene handelt.

Ulla Otto, Bonn

Albrecht Zunker: Finanzplanung und Bundeshaushalt. Zur Koordinierung und Kontrolle durch den Bundesfinanzminister. Frankfurt/M. 1972. Alfred Metzner. 263 S.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage nach der Rolle des Finanzministers als „Koordinator“ zwischen den Wünschen der einzelnen Ressorts im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Aufstellung und dem Vollzug des Haushaltsplanes. Hierbei ist es das Ziel des Verfassers, „Ansatzpunkte zu institutionellen- planungs- und verwaltungsmethodischen Änderungen [herauszuarbeiten], die sich an dem Ziel orientieren, die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Regierung zu verbessern“ (S. 12).

Die Arbeit beginnt damit, daß der Verfasser die Notwendigkeit einer Abstimmung der verschiedenen Interessen innerhalb der Regierung begründet (Kapitel A). In dem folgenden Kapitel B „Aufgabenbereich und Instrumentarium“ des Bundesfinanzministers wird die Zuständigkeit des Bundesfinanzministers 1. für den Entwurf des Haushaltsplanes, 2. für die Aufstellung und Begründung der Finanzplanung, 3. für die Durchführung des Haushaltsplanes sowie 4. für Fragen der Steuergesetzgebung und der Finanzbeziehungen mit den Ländern dargestellt und diskutiert. Diese Zuständigkeiten, die sich aus der Stellung des Finanzministers als Haushaltsminister herleiten lassen, sind nach Auffassung des Verfassers Ausdruck seiner „Koordinationsfunktion“, wobei sich die Koordinierung allerdings nur auf solche Vorhaben beschränkt, die sich im Haushaltsplan niederschlagen.

Bei der Diskussion der Aufgaben des Finanzministers geht der Verfasser davon aus, daß die Planung der Aufgaben der Regierung auch weiterhin bei den Ressorts liegen sollte und nicht etwa bei einem „Superkanzleramt“. Er sieht demnach die Stellung des Finanzministers als Mittler oder Vermittler zwischen den Ausgabenwünschen der Ressorts und den Prioritäten der Gesamtregierung.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, steht dem Finanzminister ein umfangreiches rechtliches und institutionelles Instrumentarium zur Verfügung. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, das GG, die BHO, das HGrG sowie die Geschäftsordnungen der Bundesregierung und der Bundesministerien daraufhin zu prüfen, ob der Finanzminister die an ihn gestellte Aufgabe erfüllen kann, sondern die Bedeutung der Organisation des Ministeriums, der Ausschüsse der Bundesregierung (Kabinettsausschüsse, Finanzkabinett) und des Konjunktur- und Finanzplanungsrates wird in die Betrachtung mit einbezogen.

Im nächsten Abschnitt (Kapitel C) zeigt der Verfasser den Ablauf des Planungsprozesses beim Bund und die in der Praxis bestehende Beteiligung des Finanzministers an dem Planungsablauf. Er stellt die Frage, welcher Mittel sich der Finanzminister beim Ausgleich der Interessen in der Vergangenheit bedient hat und inwieweit sich rechtliche und institutionelle Reformen auf den Koordinationsprozeß ausgewirkt haben. Die Arbeit schließt (Kapitel D) mit einem Vergleich des Aufbaus der Regierungsorganisation der Bundesrepublik mit denjenigen in Großbritannien (der Treasury) und den Vereinigten Staaten (Bureau of the Budget).

Insgesamt ist zu bemerken, daß das Buch einen guten Überblick über den Prozeß der Entscheidungsfindung der Regierung insbesondere der Bundesrepublik gibt. Es ist eine Fundgrube für denjenigen, der sich mit Fragen der Organisation der Verwaltung und der Optimalität des Planungsablaufes in einem föderalistisch organisierten Staat beschäftigt. Allerdings hätte die Darstellung an vielen Stellen teils erheblich gestrafft werden können. Weiterhin fehlen in dem Buch leider jegliche Ansätze über die ökonomischen Wirkungen der Finanzplanung und Haushaltsgestaltung.

Ingolf Metze, Münster/Westf.

Peter Voß: Zielkonforme Ausgestaltung der Mindestreservpolitik. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 195 S.

Die Arbeit von *Voß* stellt einen wesentlichen Beitrag für die neuerdings wieder angefachte Diskussion über eine Änderung des in der Bundesrepublik bestehenden Mindestreservensystems dar. Der Autor untersucht, in welcher Weise das gegenwärtige Mindestreserveinstrument reformiert werden müßte, um eine größere Wirksamkeit in der kreditpolitischen Steuerung zu erreichen. Dabei werden die Probleme der Bemessungsgrundlage, der Form der Mindestreserve und des Kreises der in die Reservenregelung einzubeziehenden Institute diskutiert.

Da nach Meinung von *Voß* die geldpolitische Forschung noch keine Entscheidung zugunsten einer bestimmten strategischen monetären Variablen zuläßt (S. 34), werden mehrere Ansätze der Ausgestaltung der Mindestreserve untersucht. Für den Geldmengen- und den Zinsansatz stellt er fest, daß dabei mit der Mindestreserve das volumenmäßige Expansionspotential des Bankensystems reguliert wird. Bei den Ansatzpunkten „verfügbares Kreditangebot“ und „Liquidität der Wirtschaft“ ergibt sich die Notwendigkeit, daß neben dem Volumen auch die Struktur der Aktiva (Portfoliostruktur) kontrolliert werden muß, da durch Aktivumschichtungen trotz restriktiver Geldmengenpolitik eine zusätzliche Ausgabenfinanzierung möglich ist.

Bevor nun die mögliche Bemessungsgrundlage für die Reserven untersucht wird, fragt der Autor nach der Stellung der Mindestreserve im System der

kreditpolitischen Instrumente. Als Kriterium betrachtet er ihre Eignung zur autonomen Steuerung der verfügbaren Reserven bei den Banken. Daraus leitet er ab, daß in Deutschland nur die Mindestreserve diese Voraussetzung erfüllt und sie damit eines der wichtigsten Instrumente der Stabilitätspolitik ist (S. 84).

Voß kommt für die Bemessung der Mindestreserve zu dem Ergebnis, daß sie an den Aktiven erfolgen müsse, da nur so die Kreditschöpfung der Banken wirksam beeinflußt werden könne. Dabei wäre ein einheitlicher Wert gegenüber den gesamten zinstragenden Aktiva anzuwenden (S. 93). Wenn man aber die aus Umstrukturierungen des Bankportfolios resultierenden Änderungen der Kreditgewährung kontrollieren will, dann muß die Mindestreserve mit unterschiedlichen Sätzen für Kredite und Wertpapiere eingesetzt werden. Diese Variation erlaubt eine Steuerung des verfügbaren Kreditangebots sowohl in expansiver wie auch in kontraktiver Richtung. Eine ausschließlich auf die Kredite bezogene Mindestreserve berücksichtigt dagegen nur den Aspekt der Restriktionspolitik (S. 126). Eine weitere Aufspaltung der Mindestreservesätze etwa nach einzelnen Kredit- und Wertpapierarten stellt nach Voß keine operationale Lösung dar. Die Mindestreservenpolitik kann nach Meinung des Autors wirkungsvoll ergänzt werden durch eine Sekundärreserve. Es wird jedoch kein überzeugender Nachweis geführt, wie diese zusätzliche Reserve eine Verbesserung im Hinblick auf die kreditpolitische Zielsetzung bringen kann. Eine Ausdehnung der Mindestreservepflicht auf intermediäre Finanzierungsinstitute wird nur dann als erforderlich angesehen, wenn die Zentralbank andere Zielvariable als die Geldmenge steuern will.

Voß kommt schließlich für die Mindestreservenpolitik der Deutschen Bundesbank zu dem Ergebnis, daß die Mindestreserve, die bisher auf die Einlagen bezogen wurde, besser die zinstragenden Aktiva als Bemessungsgrundlage haben sollte (S. 179). Es sollten dabei unterschiedliche Mindestreservenforderungen auf Wertpapiere und Kredite erhoben und im Konjunkturverlauf antizyklisch variiert werden.

Sonning Bredemeier, Hannover